

EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ im Jahr 2017:

Neues Arbeitsprogramm und erste Zwischenbilanz

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2016 das Arbeitsprogramm für die Umsetzung des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für das Jahr 2017 verabschiedet. Darin greift die Kommission die für 2016 festgelegten mehrjährigen Prioritäten erneut auf und ergänzt sie um aktuelle Entwicklungen. Zudem ruft die Kommission Antragsteller auf, im Rahmen der Projekte mehr soziale Medien zu nutzen, um gerade auch die jüngere Generation zu erreichen.

Ein Beitrag von
Stefanie
Ismaili-Rohleder

In der aktuellen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 unterstützt die Europäische Union im Rahmen des Förderprogramms [„Europa für Bürgerinnen und Bürger“](#) Projekte von Kommunen, Vereinen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, Forschungsinstituten, Stiftungen, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit ihren Aktivitäten zur Förderung des europäischen Geschichtsbewusstseins und einer aktiven europäischen Bürgerschaft beitragen. Dazu gehören auch Kommunalpartnerschaften.

Auf Grundlage der Programmverordnung legt die Europäische Kommission jedes Jahr die Prioritäten und die Finanzierung für die Umsetzung des Programms fest. In dem aktuellen [Arbeitsprogramm für das Jahr 2017](#) greift die Kommission die 2016 festgelegten mehrjährigen Prioritäten, teilweise ergänzt um aktuelle Entwicklungen, erneut auf. Neu hinzugekommen ist, dass ausdrücklich empfohlen wird, soziale Medien im Rahmen der Projekte zu nutzen.

Europäische Geschichte verstehen

Im Förderbereich „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ werden jährlich Daten herausgestellt, die mit bestimmten Schlüsselmomenten in der Geschichte der Europäischen Union verknüpft sind, und mit



Foto: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Durch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden Erinnerungsprojekte wie etwa das Projekt „Erinnern und Menschenrechte. Mit der Geschichte lernen für die Zukunft Europas“ der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gefördert

denen sich Antragsteller im entsprechenden Jahr beschäftigen können. Für 2017 sind das „die sozialen und politischen Revolutionen, der Zerfall von Großmächten und die Auswirkungen auf die politische und historische Landschaft (1917)“ sowie „die Römischen Verträge und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957)“. Darüber hinaus können aber weiterhin folgende Prioritäten aufgegriffen werden: „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung unter totalitären Regimen“, „Ausgrenzung und Verlust der Bürgerrechte in totalitären Regimen: Lehren für die Gegenwart“ sowie „Demokratischer Wandel und Beitritt zur Europäischen Union“.

Gravierende Änderungen in der Ausgestaltung dieser Themen hat es im Arbeitspro-

Zur Autorin:

Stefanie Ismaili-Rohleder ist Mitarbeiterin der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EFB).

gramm nicht gegeben, jedoch betont die Europäische Kommission, dass die Nutzung von sozialen Medien wichtig ist, da durch sie eine besondere Wirkung erzielt werde. Darüber hinaus lenkt sie die Aufmerksamkeit im Rahmen der Priorität „Ausgrenzung und Verlust der Bürgerrechte in totalitären Regimen“ nicht mehr nur auf Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft und „Andersdenkende“ unter kommunistischen Regimen, sondern darüber hinaus auf Roma und andere Gemeinschaften, die von Ausgrenzung und Verfolgung betroffen waren – und es zum Teil bis heute sind.

Für den Förderbereich „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ stehen im Jahr 2017 insgesamt 4,69 Millionen Euro bereit. Davon sollen 44 Projekte mit maximal 100.000 Euro sowie sechs spezifische Betriebskostenzuschüsse gefördert werden. Fördermittelanträge für entsprechende Projekte, die zwischen dem 1. August 2017 und dem 31. Januar 2018 beginnen, können bis zum 1. März 2017 eingereicht werden.

Über Europa diskutieren

Der Förderbereich „Demokratisches Engagement und Partizipation“ umfasst vier thematische Schwerpunkte: „Euroskeptizismus verstehen und diskutieren“, „Solidarität in Krisenzeiten“, „Bekämpfung der Stigmatisierung von ‚Einwanderern‘ und positive Gegenerzählungen zur Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses“ sowie „Debatte über die Zukunft Europas“.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Europa im Jahr 2016 rücken einige zusätzliche Aspekte in den Blick, die in Projektdebatten oder -aktivitäten angesprochen werden können. Im Schwerpunktbereich „Euroskeptizismus verstehen und diskutieren“ schlägt die Europäische Kommission vor, sich damit auseinanderzusetzen, was den Euroskeptizismus antreibt oder verstärkt, bis zu welchem Grad er ein Produkt von Falschinformation ist oder vielmehr darauf beruht, dass die EU selbst nicht in der Lage ist, ihr Wirken verständlich zu erklären. Im Schwerpunktbereich „Debatte zur Zukunft Europas“ wird angeregt, sich mit der Frage zu befassen, was für ein Europa die Bürgerinnen und Bürger sich wünschen und wie sie sich auf lange Sicht die Zukunft der europäischen Integration vorstellen. Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer sollen vorschlagen, was die EU unternehmen kann, um das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft zu stärken.

Für den Förderbereich „Demokratisches Engagement und Partizipation“ stehen in diesem Jahr insgesamt 17,43 Millionen Euro zur Verfügung. Davon sollen 315 Begegnungsprojekte im Rahmen von Kommunalpartnerschaften mit jeweils bis zu 25.000 Euro gefördert werden. Zudem sollen 45 thematische Vernetzungsprojekte von Partnerkommunen sowie 34 zivilgesellschaftliche Projekte jeweils maximal 150.000 Euro an Fördermitteln erhalten. Darüber hinaus sind 31 Betriebskostenzuschüsse geplant.

Förderanträge für Begegnungsprojekte im Rahmen von Kommunalpartnerschaften, die zwischen dem 1. Juli 2017 und dem 31. März 2018 starten, können bis zum 1. März 2017 eingereicht werden. Dieselbe Antragsfrist gilt für Vernetzungsprojekte von Partnerkommunen, die zwischen dem 1. Juli 2017 und dem 31. Dezember 2017 beginnen, sowie zivilgesellschaftliche Projekte, die zwischen dem 1. August 2017 und dem 31. Januar 2018



Foto: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Im Rahmen eines Sommerlagers der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste reinigten Teilnehmende auf dem jüdischen Friedhof in Créhange in Frankreich auch alte Grabsteine

anfangen. Die Frist für Begegnungsprojekte im Rahmen von Kommunalpartnerschaften, die zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 30. September 2018 anlaufen, oder für Vernetzungsprojekte von Partnerkommunen, die zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 30. Juni 2018 starten, endet am 1. September 2017.

Informationen und Hilfe bei der Antragstellung bietet die [Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“](#) bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. Auf deren Internetportal sind die Ziele des Programms, die Teilnahmebedingungen sowie praktische Hinweise zur Antragstellung und Links zu den entsprechenden Portalen für die Erstellung der Antragsdokumente zu finden. Auch das Arbeitsprogramm 2017, in dem alle Themen und damit verknüpften Erwartungen eingesehen werden können, steht auf diesem Portal zur Verfügung.

Zwischenevaluation der EU-Förderprogramme

Die aktuelle EU-Förderperiode 2014 bis 2020 steuert auf ihre Halbzeit in 2017 zu. Damit verbunden sind Zwischenevaluierungen, anhand derer geprüft wird, ob die Programme die vorgegebenen Ziele erreichen. Dies betrifft auch das Bürgerschaftsprogramm. Im Rahmen der Überprüfung von „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden Organisationen und Kommunen befragt, die Fördermittel aus dem Programm erhalten, sowie abgelehnte Antragsteller, Mitglieder des Programmausschusses in den beteiligten Ländern und die Nationalen Kontaktstellen.

Darüber hinaus gibt es eine offene **Online-Konsultation**, an der jeder teilnehmen kann, unabhängig davon, ob die Organisation oder Kommune bereits für eine Förderung aus dem Programm ausgewählt wurde oder nicht. Je mehr Kommunen und Organisationen sich daran beteiligen, desto aussagekräftiger wird die Zwischenevaluation. Eine Teilnahme an der Online-Konsultation ist bis zum 10. April 2017 möglich.

Erste Zwischenbilanz des Europäischen Parlaments

Eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung des Programms 2014 bis 2020 liefert eine **Studie**, die vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben und im Juli 2016 veröffentlicht wurde. Sie basiert auf einer Befragung von 24 Nationalen Kontaktstellen und führt sowohl Positives als auch Kritikpunkte auf. Dazu gehört die Änderung der Finanzierung in ein Pauschalssystem. Viele Antragsteller empfinden diese Umstellung zwar als einfacher, da sie keinen Finanzierungsplan einreichen müssen. Gleichzeitig wird jedoch kritisiert, dass keine zusätzlichen Mittel für die Einbeziehung von Menschen mit Benachteiligungen oder zum Ausgleich von langen Distanzen – zum Beispiel eine Entfernungspauschale – vorgesehen sind. Zudem führt die Studie auf, dass die Vorauszahlung, die die Träger für bewilligte Projekte erhalten, auf 50 Prozent der beantragten Fördermittel zurückgegangen ist, was es für viele kleine Organisationen schwierig machte, ihre Projekte zu finanzieren.

Positiv wird die Ende 2015 vorgenommene Änderung von jährlichen Schwerpunktthemen hin zu mehrjährigen Prioritäten dargestellt, weil sie Antragstellern mehr Planungssicherheit bietet. Auch wenn die Programmstruktur



Foto: Stadt Detmold

Im Rahmen der von der EU durch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ geförderten Europawoche in Detmold, suchten Grundschülerinnen und Grundschüler in den Straßen nach europäischen Spuren und markierten diese mit europäischen Sternen

im Vergleich zur Förderperiode 2007 bis 2013 einfacher geworden ist, wird immer noch die sprachliche Darstellung der Programmziele kritisiert, die nicht immer verständlich sei. Darüber hinaus haben abgelehnte Antragsteller den befragten Kontaktstellen signalisiert, dass sie sich eine ausführlichere Begründung für abgelehnte Anträge wünschen. ■

Infos

EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“:

☞ https://eacea.ec.europa.eu/europa-fur-buergerinnen-und-buerger_de

Arbeitsprogramm des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für 2017 (Englisch):

☞ https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-is-new/news/news/docs/awp_2017_en.pdf

Anhang zum Arbeitsprogramm für 2017 (Englisch):

☞ https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-is-new/news/news/docs/awp_2017_annex_en.pdf

Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“:

☞ <http://www.kontaktstelle-efbb.de/>

Online-Konsultation zur Zwischenevaluation des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“:

☞ https://ec.europa.eu/home-affairs/content/public-consultation-mid-term-evaluation-europe-citizens-programme-2014-2020_en

Studie des Europäischen Parlaments mit Zwischenbilanz des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Englisch):

☞ [http://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/STUD/2016/585874/IPOL_STU\(2016\)585874_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/STUD/2016/585874/IPOL_STU(2016)585874_EN.pdf)